

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Haushalt 2022: Wir zeigen, was mit einer echten Koalition der Möglichmacher und Anpacker möglich gewesen wäre
- Die Zukunft der Beruflichen Bildung braucht eine Strategie „think big“
- Impfturbo zünden – Impfungen zu den Menschen bringen
- Ein guter Wildwegeplan ist für Mensch und Tier gleichermaßen wichtig

Haushalt 2022:

Wir zeigen, was mit einer echten Koalition der Möglichmacher und Anpacker möglich gewesen wäre!

Der Landtag kam im Dezember ein letztes Mal in diesem Jahr zusammen. Schwerpunkt war die Haushaltsdebatte. Wir haben mit unseren Anträgen ganz klar gezeigt, was mit einer echten Koalition der Möglichmacher und Anpacker möglich gewesen wäre! Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Auch dieser Haushalt von Jamaika zeichnet sich dadurch aus, dass er vor sich hin wurstelt und keine klare Richtung vorgibt. Ein großer Wurf ist nicht in Sicht. Das verwundert bei diesen ungleichen Partnern auch nicht weiter. Im letzten Monat hat Jamaika ein überarbeitetes Klimaschutzgesetz vorgestellt. Unsere Kritik, dass keine Maßnahmen zur Zielerreichung gesetzt werden, bestätigt sich auch im Haushaltsentwurf. Ein finanzieller Schwerpunkt zum Klimaschutz ist nicht erkennbar. Das

versprochene Ziel der Klimaneutralität ist nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Im Gegensatz zu Jamaika hat die SPD einen klaren Kompass und setzt diesen in insgesamt **200 Anträgen** mit einem Volumen von **69,1 Millionen** um. Selbstverständlich bewegt sich unser Gesamtpaket im Rahmen der verfassungsmäßigen Begrenzung der Neuverschuldung.



„Im Gegensatz zu Jamaika hat die SPD einen klaren Kompass und setzt diesen in insgesamt 200 Anträgen mit einem Volumen von 69,1 Millionen um!“

Ein wichtiger Schwerpunkt ist natürlich die **Kindertagesbetreuung**, wobei wir hier ein Hauptaugenmerk auf Kinder mit Behinderung und Inklusion setzen. Es kann nicht sein, dass Jamaika sich hinter Ausreden versteckt und das Problem offenbar aussitzen will. Wir wollen die Rückkehr zur Beitragsfreiheit für **Kinder mit Behinderung** und außerdem die **Inklusion in den Kitas** stärken. Zudem planen wir mit 20 Millionen, die **Beitragsfreiheit in der 5-stündigen Krippenbetreuung** zu ermöglichen.

Corona hat die Probleme in den Innenstädten und Ortszentren noch weiter verschärft und es ist absehbar, dass sie unter der länger als gehofft fortdauernden Pandemie noch besonders leiden werden. Deshalb wollen wir das von uns angestoßene erfolgreiche **Förderprogramm für Innenstädte und Ortszentren** mit einem Betrag von 5 Millionen Euro verlängern.

Auch die schwierige Wohnungssituation dürfen wir nicht wegen der Pandemie vergessen. Deshalb wollen wir den **kommunalen Wohnungsbau stärker** fördern und zudem Mieterinnen und Mieter unterstützen, indem wir die **Erstellung qualifizierter Mietspiegel** finanzieren. Darüber hinaus leistet die **Begrünung von Dächern und Fassaden** im sozialen Wohnungsbau nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern trägt ebenso zur Wohnqualität und zum Mikroklima bei.

Wir konnten auch beim Thema Bildung die Finger nicht stillhalten. Neben einigen **Anträgen zur Fort- und Ausbildung von Fachkräften** möchte ich insbesondere die **Million zur schulinternen Fortbildung** im Verfügungsfonds für Schulen zur Qualitätsentwicklung nennen. Damit erhalten Lehrkräfte die Möglichkeit, sich mit externen Angeboten weiterzubilden.“

Die finanzpolitische Sprecherin und stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, Beate Raudies, ergänzt:

„Nicht nur als Finanzpolitikerin, sondern vor allem auch als frauenpolitische Sprecherin der Fraktion sind mir die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in unserem Land ein besonders wichtiges Anliegen. Um endlich eine **flächendeckende und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser und Beratungsstellen** sicherzustellen, wollen wir deren Finanzierung um 1,7 Millionen erhöhen – und zwar dauerhaft! Dafür bedarf es keiner weiteren Gutachten oder Umfragen! Wir dürfen auch nicht die Schwächsten vergessen, die unter der Pandemie zu leiden hatten, auch wenn es unpopulär erschienen mag. Deshalb wollen wir die **Förderung der Beratung nach dem Prostitutionschutzgesetz** deutlich erhöhen.

Die **Digitalisierung** ist ein einziges Trauerspiel bei Jamaika. Einzig der Breitbandausbau klappt. Das ist allerdings auch kein Wunder, denn schließlich machen das ja eigentlich die Kommunen, und die Strategie stammt noch von Reinhard Meyer. Minister Buchholz übergibt nur die Förderbescheide. Jahrelang mussten wir auf das Digitalisierungsgesetz warten und schließlich musste Jamaika die Umsetzungsfristen auf die vom Bund gesetzlich vorgegebene allerletzte Frist um 5 Jahre verlängern. Aber noch nicht einmal für dieses Pflichtprogramm, das immerhin Ende nächsten Jahres umgesetzt sein muss, gibt es auch nur einen Euro zusätzliches Geld. Da nützt dann auch kein Digitalisierungsausschuss, wenn man so fahrlässig



mit der Zukunftsfähigkeit dieses Landes spielt. Deshalb wollen wir Jamaika helfen, wenigstens die Finanzmittel bereitzustellen, die sie in ihrem eigenen Gesetzentwurf als absolut notwendig erkannt haben.

„Alle unsere Anträge sind realistisch und solide aus dem Haushaltsplan gegenfinanziert!“

Digitalisierung ohne zusätzliche Stellen ist eine Zumutung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, denn jeder weiß, dass die Digitalisierung im laufenden Geschäft sehr viel an Mehrarbeit und Fortbildung bedeutet. Obwohl die Ministerien entsprechende Mehrbedarfe angemeldet haben, glaubt auch hier Jamaika offenbar, ohne jede weitere Stelle auskommen zu können. So geht man nicht mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um! Deshalb wollen wir **40 neue Stellen** schaffen.

Alle unsere Anträge sind realistisch und solide aus dem Haushaltsplan gegenfinanziert. Wir kürzen mit Augenmaß vor allem bei Sachkosten, wo sie in den letzten Jahren nicht vollständig ausgegeben wurden, erhöhen Einnahmeerwartungen dort, wo die Erfahrung der letzten Jahre es erwarten lassen und lösen „Spardosen“ in Form von übervorsichtigen Vorsorgetiteln auf. Dort, wo sinnvoll, widmen wir Mittel aus dem Corona-Hilfspaket um und alle neuen Stellen werden durch Verschiebungen innerhalb des Stellenplans erwirtschaftet!“

„Wir zeigen mit unseren Schwerpunkten, was mit einer echten Koalition der Möglichmacher und Anpacker möglich gewesen wäre, anstatt dass jeder seine Lieblingsprojekte im eigenen Vorgarten gefördert bekommt. **Es wird Zeit, diese Koalition des Rumschnackens und Aussitzens im nächsten Jahr endlich zu beenden**, damit Schleswig-Holstein auch wieder den Weg aus der jamaikanischen Lethargie herausfindet!“

Berufliche Bildung:

Die Zukunft der Beruflichen Bildung braucht eine Strategie „think big“

Die SPD hat einen Antrag zur Stärkung der Fachkräfteausbildung und zur Zukunft des „Trave-Campus“ (Drs. 19/3462) eingebracht. Dazu erklärt die Sprecherin für die berufliche Bildung der SPD-Fraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

„Im Koalitionsvertrag von Jamaika versprechen CDU, FDP und Grüne, die berufsbildenden Schulen und die RBZs in eine landesweite Schulentwicklungsplanung einzubeziehen. Und heute, Ende 2021, steht fest, dass es diese **Schulentwicklungsplanung für die berufliche Bildung nicht gibt** und in dieser Legislatur auch nicht mehr geben wird. Das ist bitter.



„Wenn wir eine flächendeckende Grundversorgung im Land zukunftsfest aufstellen wollen, wird uns dabei auch die neue Bundesregierung helfen!“

Wenn wir eine flächendeckende Grundversorgung im Land zukunftsfest aufstellen wollen, wird uns dabei auch **die neue Bundesregierung helfen**. Die hat vereinbart, zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender Schulen mit Ländern, Kommunen und relevanten Akteuren einen Pakt aufzulegen. Das bedeutet, es wird **Förderprogramme** geben, die möglicherweise auch für die Errichtung des „Trave-Campus“ in Lübeck zur Verfügung stünden. Seit 2017 plant die Handwerkskammer Lübeck dieses Projekt, in Abstimmung mit Bund und Land! Das **Projekt ist in schwerer See** geraten – ohne Frage. Was machen die Jamaikaner? Die werfen keinen Rettungsring! Nein, im Alternativantrag der Koalition kommt das Wort Trave-Campus nicht einmal mehr vor – das ist ein Begräbnis dritter Klasse! So geht das nicht.

Daher fordern wir, dass alle Akteure an einem **Runden Tisch** jetzt den richtigen Weg finden. Lübeck muss ein **starker Standort der beruflichen Bildung** bleiben und seine Stärken als Stadt der Zukunft für Handwerk und Hochschule ausbauen.

Statt die Kräfte zu bündeln und die Planungen zukunftsorientiert zu begleiten, will Jamaika die Landesberufsschulen verteilen. Ohne Schulentwicklungsplanung? Nach welchen Kriterien soll das eigentlich geschehen? In der Begründung schreibt Jamaika, die schulische Ausbildung für diese Berufe soll in unserem Bundesland verbleiben – ja, was denn sonst! Immerhin hat Jamaika den auf dem Priwall bereits angedachten Zusammenschluss der maritimen Berufe aufgenommen. Dazu sagt der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: „Wir werden eine Neukonzeptionierung der maritimen Ausbildung in Kooperation mit den Bundesländern anstoßen.“

Der Trave-Campus wird wohl nicht genau so gebaut, wie jetzt geplant. Die Ergebnisse der Prognos-Studie, die Erfahrungen des SHIBB, die Stadt Lübeck und auch die Möglichkeiten, die sich durch Initiativen der Bundesregierung eröffnen, müssen eingebunden und die Planungen überdacht werden. Aber so habe ich das Handwerk Schleswig-Holstein erlebt, das ist bereit, konsequent nach vorne zu denken. Eine kleine Lösung ist keine Lösung. Die Zukunft der Beruflichen Bildung braucht eine **Strategie „think big“!**

Impfturbo zünden – Impfungen zu den Menschen bringen

Die Corona-Pandemie erreicht erneut zu Weihnachten einen traurigen Höhepunkt. Gleichzeitig zeigt uns die explosionsartige Vermehrung von Omikron bei unserem direkten Nachbarn Dänemark, dass wir vor der nächsten gewaltigen Herausforderung in der Pandemie stehen. Und das Virus kennt leider weder Landesgrenzen, noch Weihnachtsruhe. Die SPD hat einen Antrag (Drs. 19/3475) eingebracht, mit dem wir Impfungen besser zu den Menschen bringen und den „Impfturbo“ zünden können. Dazu sagt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„In den vergangenen Debatten haben wir die Regierung für ihren Strategiewechsel im Herbst gerügt. **Der Paradigmenwechsel war ein kommunikativer Fehler** und das muss Herr Günther eingestehen. Niemand erwartet den perfekten Masterplan zur Pandemiebekämpfung. Aber die Kommunikation dieser Landesregierung über diesen Herbst war im Ergebnis falsch. Das Problem bewundern hilft niemandem, die Rückschau ist aber nötig, um **aus den Fehlern zu lernen**.



„Ich erwarte, dass Jamaika endlich wieder auf **Gemeinsamkeit im Kampf gegen die Pandemie setzt**. Wir waren und sind dazu bereit, im konstruktiven Dialog nach guten Lösungen zu suchen!“

Heute wissen wir, dass Omikron offenbar den Immunschutz von Genesenen und Doppelgeimpften größtenteils unterläuft, aber die dritte Impfung bietet eine **Effektivität von über 70%**. Vor allem was den Schutz vor schweren Erkrankungen angeht. Und es geht darum, **Hospitalisierungen und Sterbefälle zu vermeiden!** Unsere Impfkampagne ist wieder gut angelaufen. Kreative Impfkaktionen an Schulen, in Bürgerzentren und Arztpraxen tragen wesentlich zum Funktionieren der Impfkampagne bei. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde lag goldrichtig mit seinem **Boostermarathon: 11.200 Booster**, unkompliziert und schnell innerhalb einer Woche. Hier können wir uns als Landespolitik einfach nur bedanken... Weiter so!

Aber es gibt auch noch Verbesserungspotential. Denn zusätzlich zum Boostern können nun auch endlich **Kinder geimpft werden**. Der Impfstoff ist da, um allen Kindern und Eltern, die es wünschen, auch ein Angebot zu machen. Zu unseren Hauptforderungen gehören: Das zentrale Impfportal des Landes muss endlich barrierefrei für seh- und hörbehinderte Menschen werden. Und mit den **wichtigsten Sprachen für Menschen mit Migrationsgeschichte** ausgestattet sein.

Wir stellen schon lange fest: Es sind überproportional viele Menschen mit Migrationsgeschichte auf den Intensivstationen. In bestimmten Milieus erreicht man Menschen mit den herkömmlichen Kampagnen einfach nicht. Deshalb lautet das Motto: Wir bringen die Impfung zu den Menschen! Wie das geht, hat Bremen uns gezeigt. **Unkompliziert und niedrigschwellig**, mit entsprechender Werbung und **multilingualem Personal** ausgestattet, muss die Impfkampagne sein. Es geht immer ums Vertrauen! Vertrauen entsteht über die Menschen. Dass wir hier richtig liegen, zeigt die Aktion der Innenministerin mit der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. Kurz vor der heutigen Debatte greifen sie unser Thema auf. Gut, dass sich hier endlich etwas tut.

Auch ein wichtiger Beitrag bei der Bekämpfung der Pandemie ist, dass die Verkehrsbetriebe **genügend Personal für 3G-Kontrollen** haben. Ebenso beim Kampf gegen gefälschte Impfausweise. Es muss vom Justizministerium klargestellt werden, dass Apotheker*innen, die Fälschungen anzeigen, keine Straftat wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses begehen! Wir haben in den letzten Tagen wieder viele Schreiben von Unternehmen erhalten, die in Sorge um ihre Existenz sind. Daher ist es gut, dass aus Berlin die notwendigen **Wirtschaftshilfen** wieder kommen. Das hat auch damit zu tun, **dass Olaf Scholz** das im Blick behält.

Zum Glück ist die Lage in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Rest der Republik zwar etwas besser, aber wir müssen trotzdem alles tun, was möglich ist... Ich erwarte, dass Jamaika endlich wieder auf **Gemeinsamkeit im Kampf gegen die Pandemie** setzt. Wir waren und sind dazu bereit, im **konstruktiven Dialog** nach guten Lösungen zu suchen!“

Tierschutz:

Ein guter Wildwegeplan ist für Mensch und Tier gleichermaßen wichtig

Die SPD hat zur Landtagsitzung auch einen Antrag (Drs. 19/3468) eingebracht, mit dem wir einen Wildwegeplan für Schleswig-Holstein fordern. Dazu erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Weber:

„Schleswig-Holstein hat ein dichtes Verkehrsnetz. Viele **Straßen, Schienen, Kanäle und andere unüberwindbare Barrieren zerschneiden die offene Landschaft**. Das wird für unsere heimische Tier- und Pflanzenpopulation zunehmend problematisch.

„Die Suche nach neuen möglichen Lebensräumen endet für viele Tiere nicht selten an der nächsten Straße!“

Deshalb fordern wir einen Wildwegeplan für Schleswig Holstein. Dieser soll für mehr **Durchlässigkeit der Verkehrsnetze** und der Landschaft sorgen, kann so Leben schützen und Artenvielfalt begünstigen. Seine Aufgabe ist es unter anderem, Konfliktpunkte zu identifizieren, um die Auswirkungen auf Wildtiere in Schleswig-Holstein möglichst gering zu halten.“

Impressum

Herausgeberin	SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher	Heimo Zwischenberger
Layout	Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**
